

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,75 RM., monatlich 2,25 RM. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 7. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 93 65 u. 146 62.

Anzeigenpreis:

Die achtebändige Komparteiliste ...

Straßenkampf im Norden Berlins.

Zahlreiche Tote und Verwundete. - Soldatenkundgebung für Ebert. - Ein Hauptmann von Cöpenick „verhaftet“ den Vollzugsrat.

In der Chausseestraße kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Truppen und Spartacus-Demonstranten, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab.

Vor der Reichskanzlei demonstrierten Soldaten, die Ebert aufforderten, die Präsidentschaft der Republik zu übernehmen.

Im Abgeordnetenhaus wurde der Vollzugsrat von einem Bisfeldweibel, der sich als Beauftragter der Regierung ausgab, für verhaftet erklärt.

Die Vorgänge, die sich in den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden in Berlin abspielten, sind nicht nur aufs tiefste zu beklagen, sondern auch aufs schärfste zu verurteilen.

Der Bisfeldweibel F., der an der Spitze von 150 Mann die „Verhaftung“ des Vollzugsrates im Abgeordnetenhaus vornahm, behauptet stolz und fest, einen Auftrag der Regierung befehlen zu haben.

Die Soldatenkundgebungen, in deren Verlauf sich das wilde Stild abspielte, waren hervorgerufen durch die Nachricht, daß die Spartakusleute nach den drei Versammlungen, die sie veranstalteten, einen großen Streich zu tun gedächten.

Nach Berichten zahlreicher Augenzeugen, die man von der anderen Seite natürlich bestreiten wird, wurden die regierungstreuen Soldaten von den ihnen entgegenziehenden Spartakusleuten aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern.

Die ganzen überaus traurigen Vorgänge in der Chausseestraße erklären sich aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakusleute und der ungeheuren Erbitterung von neun Reichsteil der Berliner Soldaten über dieses Treiben.

Das Verhalten Eberts bei den Ereignissen vor dem Reichskanzlerhaus zeigt, daß die Regierung entschlossen ist, sich von ihrem Weg weder nach rechts noch nach links abdrängen zu lassen.

Ebert hat die Präsidentschaft der Republik, die ihm von den Soldaten angetragen wurde, nicht angenommen. Er hat damit bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei es ablehnt, sich auf dem Wege eines Handreichs die alleinige Macht zu verschaffen.

Als bestes Mittel, den Spartakusbund von weiteren Torheiten abzuhalten, haben wir stets empfohlen, ihm den Reichswillens willen des Volkes so rasch und so deutlich wie möglich fühlbar zu machen.

Die Regierung hat ihre Pflicht getan. Sie hat den Vollzugsrat sofort entlassen, den Führer des Putzsches in der Prinz-Albrecht-Straße festnehmen lassen und eine strenge Untersuchung des Falles angeordnet.

Alle diejenigen, die ihr die Ausführung ihrer Absicht unmöglich zu machen versuchen, mögen sie von rechts nachschieben oder von links anstürmen, richten den schwersten Schaden an. Sie alle müssen mit unparteilicher Gerechtigkeit zur Ordnung gerufen und zur Verantwortung gezogen werden.

Irrtümer, Fälschungen und blutige Tragödien. Die Protestversammlungen.

Die von ihrem Truppenteil versprengten Soldaten, sowie die Urlauber und Deserteure hatten vor etwa vierzehn Tagen zur Vertretung ihrer Interessen Räte gewählt, die auf Grund ihrer Wahl Sitz und Stimme im Groß-Berliner Soldatenrat forderten.

In diesen Versammlungen wurde eine Resolution vorgelesen, in der schärfster Einspruch dagegen erhoben wurde, daß die Vertreter der Frontsoldaten zurückgewiesen worden seien.

In den Andreas-Sträßen war der Besuch gut. Rohne bezeichnete den Groß-Berliner Soldatenrat als zu 60 Prozent aus Monokel- und Spauenteinträgern bestehend.

Gegen 5 Uhr wurde die Versammlung durch die Mitteilung überfallen, Molkenduhr und Müller vom Vollzugsrat seien auf Geheiß der Regierung Ebert verhaftet worden.

Mittlerweile tauchte das Gerücht auf, die Redaktion der „Roten Fahne“ sei militärisch besetzt. In der Tat fand sich, daß eine Abteilung „Fränger“ in den Geschicksräumen eine Durchsuchung vornahm.

Ein Straßengefecht.

Die Versammlung in den „Germaniasälen“ war von etwa 800 Personen besucht. Der Referent Schulz sprach ziemlich ruhig. Außer der für alle drei Versammlungen gemeinsamen Resolution wurde hier noch eine andere vorgelesen.

In den Sophiensälen hatten sich, wie uns ein Augenzeuge berichtet, ungefähr 200 Mann versammelt, die den Saal nur spärlich füllten. Hier wurde die Ausrufung durch einen Herrn im schwarzen Gehweiz, einen angeblichen Schriftsteller, bejorat.

Arbeitszwang und Achtstundentag

Die Besatzung der Pfalz.

Ludwigshafen, 6. Dezember. Heute nachmittag trafen hier die ersten französischen Besatzungstruppen, einige hundert Mann ein, unter denen sich auch Farbige befinden.

Ein Teil der gestern hier eingetroffenen interalliierten Kommission hatte auch in Mannheim eine Besprechung mit Schiffahrtsinteressenten. Bei der Besprechung wurde, wie der „Ludwigshafener Generalanzeiger“ vernimmt, von den Franzosen die sofortige Abfertigung der Arbeiter- und Soldatenräte, die Aufhebung des Achtstundentages, die Einführung des Arbeitszwanges und die Todesstrafe für schwere Zuwiderhandlungen verlangt. Ueber eine Sperrung der Rheinbrücke ist nichts Bestimmtes bekannt.

Das französische Strafgesetzbuch und der Exkaiser.

Paris, 6. Dezember. Ein Vertreter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit einem Mitglied des Kriegesgerichtes, der ihm erklärte, daß der frühere Deutsche Kaiser für seine Verbrechen verantwortlich sei und von der Militärgerichtsbarkeit nach Artikel 69 des französischen Strafgesetzbuches zur Verantwortung gezogen werden könne, wonach Ausländer, die sich ein Verbrechen auf dem Boden Frankreichs zuschulden kommen lassen, vor ein Kriegsgericht gestellt werden können.

Vom Staatsdepartement in Washington verlautet, daß die Frage der Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers aufgeschoben werden wird, bis Wilson erreicht wird. Amtlichen Kreisen in Washington zufolge, hat Wilson über diesen Gegenstand niemals seine Meinung geäußert.

Entscheidung der Kaiserfrage nicht ohne Wilson.

Osaka, 6. Dezember. Holländisch Neuwsbureau meldet aus Washington: Laut Meldungen des amerikanischen Auswärtigen Amtes werden sämtliche Schritte, die im Zusammenhang mit den Anträgen, den Kaiser auszuliefern, aufgeschoben, bis Wilson in Europa angekommen sei. Vor seiner Abreise hat Wilson über die bezügliche Pläne keinerlei Auskunft in seinen Regierungskreisen erteilt.

Wilhelms Auslieferung beschlossen?

Osaka, 6. Dezember. Holländisch Neuwsbureau meldet aus London: Clemenceau erklärte vor seiner Abreise, daß die Vertreter von Frankreich, England und Italien auf der Londoner Konferenz übereingekommen seien, daß Wilhelm II. ausgeliefert und vor einen Gerichtshof gestellt werden müsse.

Die Schiffverluste des Weltkrieges.

Die Ziffern Englands.

London, 6. Dezember. (Neuter.) Gestern abend wurde ein Weisbuch mit folgenden Angaben über die Lage der Schifffahrt am 31. Oktober 1918 veröffentlicht: Die Verluste der Welttonnage während des Krieges betragen 15 053 788 Tonnage, der Zuwachs betrug durch Neubau 10 bis 27 Tonnage, durch Erdenung und Benutzung feindlichen Schiffsraumes 2 392 676 Tonnage, zusammen 13 242 202 Tonnage. Der Nettoverlust betrug 1 811 384 Tonnage. Die entsprechenden Zahlen für den britischen Schiffsraum mit Ausschluß der Uebertragung von Schiffsraum unter britischer Flagge und anderen Flaggen sind: Verluste: 9 631 323 Tonnage, Zuwachs durch Neubauten im Vereinigten Königreich 4 342 296 Tonnage, durch Kauf im Ausland 530 000 Tonnage, durch erdenete feindliche Tonnage 716 520 Tonnage, zusammen 5 588 816 Tonnage. Der Nettoverlust betrug 3 443 012 Tonnage.

Friedensfragen.

Die Organisation des Völkerbundes. — Abschaffung der militärischen Dienstpflicht.

Von der Leitung der Bergwerke in Nordfrankreich ist dem Ministerpräsidenten Clemenceau mitgeteilt worden, daß die Bergwerke von den Deutschen vollkommen durch Dynamit und Ueberchwemmung vernichtet worden seien und daß jetzt keine Arbeit für die entblüht zurückkehrenden Flüchtlinge geschaffen werden könne. Man düste, auf die Bezahlung des angerichteten Schadens durch die Deutschen zu dringen.

London, 6. Dezember. (Neuter.) Lord Robert Cecil teilte in einer Rede mit, daß die Regierung ihn aufgefordert habe, die Leitung des Teiles der britischen Friedensdelegation zu übernehmen, der sich mit der Organisation des Völkerbundes beschäftigt wird. Er habe diese Einladung angenommen.

London, 6. Dezember. (Neuter.) In seiner Rede in Dundee erklärte Churchill, die britische Regierung würde auf der Friedenskonferenz die allgemeine und vollständige Abschaffung der militärischen Dienstpflicht fordern.

Lansing über den Wiederaufbau.

Basel, 6. Dezember. Im Senatsauschuß gab Lansing bekannt, die Schuldfrage am Kriege werde wahrscheinlich nie geklärt werden. Wichtiger als die Bestrafung, die Schuldigen zu bestrafen, sei der Wiederaufbau der Kultur und der vernichteten Menschheit. Diese Bestrebungen erhielten ihre Krönung durch den Wilsonschen Völkerbund. Wenn auch Deutschland die brutale Kriegsführung zuerst eingeführt habe, so sei auch das Regime des Zaren nicht frei von Schuld oder Verbrechen. Amerika werde die Wunden des Krieges heilen, nicht nur in den verbündeten Ländern, sondern auch in den bisher feindlichen Staaten.

Schwerste Not in Wien.

Die Kohlenkatastrophe.

Die Kohlenkatastrophe droht in Wien zu einem allgemeinen Unglück zu werden. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs für Verkehrswesen benötigen die deutsch-österreichischen Staatsbahnen bei eingeschränktem Verkehr täglich 4000 Tonnage Kohlen. Davon fehlen aber 3000 Tonnage, die vom Auslande eingeführt werden müßten. Alle Versuche, von Deutschland und von Böhmen Hilfe zu erlangen, blieben bis jetzt erfolglos. Besonders kritisch gestaltet sich die Lage wegen der geforderten Durchführung der Wackensen-

Jüge. Für diese Armee wurden bis jetzt 49 Transporte gefahren, die 1000 Tonnage erforderten, von denen aber bisher nur 250 Tonnage geliefert und weitere 275 Tonnage angewiesen sind. Durch das vollkommene Ausbleiben der Dienstloste in den letzten Tagen scheint der gänzliche Stillstand der gesamten Betriebe bevorzustehen. Ein erneuter Schritt beim Kohlenkomitee in Prag, um gerechte Kohlenzuweisung, blieb bisher ohne Antwort.

Wien, 6. Dezember. (Holländisch Neuwsbureau.) Die „Neue Freie Presse“ weist darauf hin, daß die Erklärung des Staatssekretärs für öffentliche Arbeiten über die fürstlichen Zustände in Wien inzwischen in den Entente-Ländern und den neutralen Staaten bekannt worden und sich nun zeigen soll, ob bei den neuen Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung eine andere Haltung als bisher eingenommen wird. Die Entente müßte wissen, daß sie jedenfalls die Verantwortung für die tschechische Politik mittrage und die schwere Katastrophe für Wien herausbeschwöre. Bisher kamen in Wien keine Kohlen an.

Die Zerstückelung Ungarns.

Selbstmordversuch Karolids.

Die willkürliche Abtrennung von Bestandteilen Ungarns durch die umwohnenden Nationen hat in Budapest die unglaublichen Konfusionen angeleitet. Das wehrlose Land steht sich außerstande, der großen Gefahr der Zerstückelung des Landes zu begegnen, und von der Entente scheint gar kein Schritt zur Vernunft zu erwarten zu sein. Diese stellt sich vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Tschechoslowaken als verbündete Truppen zu behandeln seien, die ein Recht zur Besetzung ungarischen Gebietes haben, und denen gegenüber jeder Widerstand mit Waffengewalt als Kriegsfall anzusehen sei. Der Minister Jassay wehrt sich gegen die Vorwürfe der Pariser Presse, daß die ungarische Volksregierung mit Bomben gegen die Rumänen arbeite. Er sagt, er erstrebe lediglich die friedliche Einigung mit den in Ungarn lebenden Schwefternationen auf Grund der vollkommenen Gleichberechtigung. Die Behauptung müsse als vollständig unsinnig zurückgewiesen werden, als ob eine Regierung, der praktisch überherrscht durch die Wehrmacht zur Verfügung stehe, mit Gewaltmitteln ihren Willen beinahe gegen die ganze militärische Macht der Welt durchzusetzen beabsichtige.

Der Ministerpräsident Karoli hat durch die Entlassung über die Haltung der Entente und seiner ehemaligen Pariser Freunde und durch das Unglück, das damit über sein Land gekommen ist, einen bössigen Zusammenbruch erlitten und einen erfolglosen Selbstmordversuch gemacht.

Tschechoslowakische Truppen fahren fort, ungarisches Gebiet zu besetzen.

Der Krieg gegen das bolschewistische Rußland.

Aufstellung einer Armee von 100 000 Mann.

Die Entente und die der gegenwärtigen russischen Regierung feindlichen Kreise des alten Zarreiches haben den Krieg zur Unterstützung der Sowjetregierung organisiert. Ein Kampf von äußerster Bitterkeit beginnt von nun an vom Süden aus in das Herz Rußlands getragen zu werden.

Wien, 4. Dezember. Die Entente glaubt, mit einer Armee von 100 000 Mann in Südrußland anzukommen. Die Hauptaufgabe derselben ist die Besetzung der wichtigsten Eisenbahnen, die Ausbildung und Versorgung der gegen die Bolschewiki kämpfenden Truppen, die von der Entente reichlich mit Artillerie, Tanks und technischen Hilfsmitteln ausgestattet werden sollen.

Wien, 4. Dezember. „Alto“ meldet: Die Bolschewiki suchen die Auslösung mit den Minimalisten. Der Erfolg ist nicht unwahrscheinlich im Hinblick auf die neutrale Position, die besonders die Minimalisten längst gegenüber der augenblicklichen Aktion zur Wiederherstellung Rußlands einnehmen.

Krieg zwischen Peru und Chile.

Seit einigen Tagen läuft in der Presse in mannigfachen Variationen das Gerücht von außerordentlich gespannten Beziehungen zwischen den südamerikanischen Republiken Chile und Peru. Worin der Konfliktstoff besteht, ist und noch nicht klar geworden. Er muß aber sehr ernst sein. Denn der „Matin“ behauptet jetzt, einer Teilung-Weidung zufolge, daß die Kriegserklärung Chiles an Peru jeden Augenblick zu erwarten sei.

Um die Auslieferung der Jungtürken.

Die „Agence Havas“ hat verbreitet, daß die deutsche Regierung auf Ersuchen der türkischen Regierung die Verhaftung Enver Paschas, Talaat Paschas, Schukris und anderer in Deutschland weilenden Jungtürken angeordnet habe. Wie die „Frankfurter Zeitung“ von ausländischer Seite dazu erfährt, ist das unrichtig. Lediglich die türkische Botschaft habe erfolglos diese Verhaftungen beantragt. Uebrigens befänden sich Enver und Schukri nicht in Deutschland. Die Auslieferung einer Reihe von Jungtürken ist nicht nur wegen politischer, sondern auch anderer Vergehen beantragt worden.

Das neue Ministerium in Spanien.

Madrid, 6. Dezember. (Havas.) Das neue Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorkrieg und Auswärtiges Graf Romanones, Krieg Berenguer, Marine Chocor, Justiz Rosales, Öffentliche Arbeiten Parquis von Contina, Unterricht Solatella, Finanzen Solbeton, Inneres Amalio Gimeno, Lebensmittelversorgung Argente.

Räuberien und Plünderungen.

Die ersten Besatzungstruppen der Entente sind in Aden angekommen. Bis zu ihrem Eintreffen hat Aden alljährlich wüste Diebstähle und gewalttätige Räuberien gesehen. In der Nacht zum Donnerstag ist ein Konfektionsgeschäft und ein Goldwarenladen durch eine dreißigköpfige Räuberbande geplündert worden. Mehrere Soldaten sind durch Sicherheitsorgane erschossen oder schwer verletzt worden. Im Anschluß daran sind etwa 50 der Plünderer verhaftet worden.

Aus dem Truppenlager Leffels bei Augsburg hat eine tüchtige Soldatenmasse alles Wertvolle fortgeschleppt. Es sind drei Millionen Paar Stiefel, die für die heimkehrenden Frontsoldaten bestimmt waren, und 7 Millionen Kilogramm Zehlfeder geroubt worden.

Frankfurt a. M., 6. Dezember. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mainz: Die Plünderungen der Geeresbedarfsüberlager nahmen in den letzten Tagen hier einen bedauerlichen Umfang an, so daß die Polizei mit Waffengewalt einschritt. Auch mit Waffengewehren wurde angegriffen. Es gab eine größere Zahl Toter und Verwundeter. Die Hauptplünderungen erfolgten im Geerespark in der Ingelheimerau und den Korpsbeschießungsübungen

Mainz-Kastel und Mainz-Kosheim. Auch auf die Armeekonfektionsfabrik und das Lagerdepot wurden Raubzüge unternommen, die die Polizei erfolgreich abwehrte. Bei den Plünderungen spielten Frauen und halbwüchsige Burschen die Hauptrolle.

Weitere Vertagung der Soldaten-delegierten-Wahlen.

Die in der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte vom 5. Dezember im Reichstag eingesezte Kommission zur Ausarbeitung des neuen Wahlreglements für die Delegiertenwahlen am 18. Dezember 1918 hat einstimmig beschlossen, der nächsten Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlin (7. Dezember) folgenden Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Die Soldatenräte Groß-Berlins vertreten die Auffassung, daß bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung am 18. Dezember und bei der Wahl zum Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an dem Grundgesetz der deutschen Revolution, Parität zwischen Arbeitern und Soldaten festzuhalten ist.

Bezüglich des Wahlreglements hat die Kommission beschlossen: Der Termin für die Wahl der Vertreter zur Delegiertenversammlung am 18. Dezember wird von der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte festgesetzt.

Der Vollversammlung wird zu gleicher Zeit das von der Kommission ausgearbeitete neue Wahlreglement zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Die Kommission für die Ausarbeitung des Wahlreglements. J. A.: Gerber, Corny, Hahnwald.

Nächste Vollversammlung am 8. Dezember.

Berlin, 6. Dezember. Auf Beschluß der getrennten Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins beruft das Bureau die nächste Vollversammlung für Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, in den großen Sitzungssaal des Reichstages ein.

Auf die Tagesordnung wurden zunächst folgende Punkte gesetzt: 1. Bericht des Bureau. 2. Ergänzungswahlen für das Bureau. 3. Weiterer Teilbericht des Siebenerausschusses. 4. Bericht des Wahlbureaus. 5. Entschuldigungsfragen der Soldatenräte.

Unterkunft für die Fronttruppen.

Auch in der Universität.

Berlin, 6. Dezember. Wie wir erfahren, ist die Zahl der jetzt aus dem Felde nach Berlin zurückkehrenden oder durch Berlin durchziehenden Truppen so groß, daß zahlreiche Schulen und andere Lehranstalten behufs Unterbringung der Truppen haben vorübergehend geschlossen werden müssen. Hierunter ist auch die hiesige Universität betroffen worden oder genauer gesagt, das Universitäts-Hauptgebäude unter den Linden, so daß der Unterrichtsbetrieb in diesem Gebäude für einige Tage hat eingestellt werden müssen. Der Betrieb in den übrigen Gebäuden der Universität, also namentlich in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Instituten, leidet dadurch keinerlei Unterbrechung; auch ist die Universitätsbehörde bemüht, für die Vorlesungen der übrigen Fakultäten Ersatzräume zu beschaffen. Es besteht die Hoffnung, daß auf diese Weise mindestens ein Teil des Unterrichts, der sonst im Hauptgebäude der Universität stattfinden würde, fortgeführt werden kann. Die näheren Bekanntmachungen hierüber werden in aller nächster Zeit ergehen.

Kostümwechsel.

Der fortschrittliche Parteitag Groß-Berlins hat seinen Beschluß an die Deutsche Demokratische Partei beschlossen. Ein neues Kostümwechsel des Groß-Berliner Kommunalfreiwills. Das „Groß-Berliner Tageblatt“, das in der neuen Partei eine Art Amtliches Rolle spielt, hatte unlängst mit hundert Eiden geschworen, daß seine neue „kompromittierten“ Fortschrittsgrößen in der neuen Partei eine Rolle spielen sollte. Und richtig, Herr Kopsch, der bisherige Vorsitzende der Groß-Berliner Fortschrittspartei, hatte zu Beginn der Tagung sein Amt niedergelegt. Statt seiner präsiidierte — Herr Rugdan, was ungefähr dasselbe bedeutet, als wenn man in Deutschland Wilhelm II. durch den Kronprinzen ersetzt hätte. Aber nicht nur das. Herr Rugdan hielt Herrn Kopsch eine lange Dank- und Abschiedsrede, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Arbeitskraft des Herrn Kopsch auch der neuen Partei in solchem Umfang nutzbar gemacht werde. Und das nannte Professor Weber im Jirkus Wusch: Es gilt über nicht die Verschmelzung irgend welcher alten Parteien, sondern die Schaffung von etwas ganz Neuem!

Die Vorgänge im besezten Gebiete.

Eine Mahnung zum Mißtrauen.

Der gegenwärtige Stellvertreter des bayerischen Gesandten in Berlin, Herr Robert Scherer, teilt uns mit:

Im Interesse des geordneten Verlaufs der Revolution in allen Teilen Deutschlands liegt es, die vielen alarmierenden Nachrichten über das Verhalten der Besatzungen in der bayerischen Rheinpfalz sowie im Rheinland mit aller Reserve anzunehmen. Die Meldung aus der Pfalz über die Weggewaltigung von einer Reihe von Mädchen mußte schon dementiert werden. In Nachrichten aus dem Rheinland wird ein falscher Eindruck dadurch erweckt, daß die in Aachen, Jülich usw. ergangenen Entlassungen als spontane Eingebungen des Kommandanten hingestellt werden, während es sich doch leider — wie uns auch von besonderer Stelle aus Köln bestätigt werden mußte — nur um eine Wiederholung der Vorschriften handelt, die von der deutschen Besatzung in Belgien, Frankreich, Polen allgemein erlassen waren.

Aber auch diese Maßnahmen sind nur von belgischer Seite ergangen und die Nachrichten über die angeführten Gewalttätigkeiten (Ab schlagen von Sälen usw.) konnten auch aus Aachen am 5. November abends nur als dunkel umlaufendes Gerücht bestätigt werden. Vieles davon in einer Zeit der Massenschauspiele, ähnlich der zu Kriegsbeginn entstandenen. Ueber die übrigen Besatzungen (einschließlich der französischen) konnten wir nur gute Kunde bekommen, zumal auch über die amerikanische in Trier.

Ein anderes Verhalten widerspräche ja auch, abgesehen von allem, geradezu den direkten Interessen der Entente, wie sie die französische Presse, so noch jüngst in mehrfachen Auslassungen der Kommandant de Cluzieg im „Matin“, betrat.

Es wird also festgehalten, daß jede Verallgemeinerung derartiger Meldungen unangebracht ist und nur als beabsichtigtes Neuentfachen nationalstiller Leidenschaften betrachtet werden kann. Solchen Versuchen der militärischen Reaktionen kann nicht scharf genug entgegengetreten werden.

So letzten wir, so letzten wir, — im großen Hauptquartier nach Mitteilung des Oberursier Arbeiters- und Soldatenrätes wurden bei der Eichtung der Vorräte des Großen Hauptquartiers dort u. a. gefunden: 156 Daggons Koffen, 600 Zentner Speise, 34 Zentner Butter und große Mengen feinsten Konfektes. Die Lebensmittel sollen den zurückkehrenden Truppen zugewiesen werden.

Die gestrigen Vorgänge in Berlin.

(Schluß von der 1. Seite.)

In den sich hier entwickelnden Kämpfen, an denen auch die ...

Eine Köpenickiade im Abgeordnetenhaus.

„Verhaftung“ des Volksgurats. Im Abgeordnetenhaus spielten sich gestern abend ...

Die Reichsregierung sieht der Verhaftung des Volksgurats ...

Die drei nichtunterzeichneten Regierungsmitglieder befanden ...

Der Mann, der den tollen Streich im Abgeordnetenhaus aus ...

In einer eigentlichen „Verhaftung“, d. h. Abführung und Ein ...

Rundgebung vor dem Reichskanzlerhaus.

In dem abendlichen Dezembernebel stauten sich vor der ...

Die Entente gegen die A.- und S.-Räte.

Bei dem Eintreffen der englischen Flotte in den deutschen ...

Eine Katastrophe in der Ernährung Deutschlands?

Die „Toskische Zeitung“ brachte am Donnerstagabend aus ...

Deutsche Republik und den Genossen Fritz Ebert aus, den ich hier ...

„Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und ...

Volkswirtschaft ist der Grundstock unseres Lebens. Noch schwerer wird unser ...

Das müßt Ihr uns überlassen! Wenn Ihr jetzt stürmisch die Einberufung der Nationalver ...

technisch frühesten Termin der Nationalversammlung ...

Nach dem Volksbeauftragten ergriff ein junger Student das ...

„Jetzt habe ich an Herrn Ebert die klare Frage zu richten: Herr ...

„Kameraden und Genossen! Den Ruf, der an mich ergangen ...

Der Streik der Eisenbahner beendet. Eine am Freitagabend im „Abendgold“ abgehaltene und über ...

Auflösung der Nationalliberalen Partei.

Der Zentralsvorstand der Nationalliberalen Partei ist auf ...

Die Beamten und die neue Regierung.

Man schreibt uns: Unter den Beamten aller Art und Rangstufen ...

Wie haben wir uns demgegenüber zu verhalten? Als Aus ...

Der Sturm auf das Polizeipräsidium. Wie jetzt festgestellt ist, sind in der Nacht des 21. November ...

Verschärfung der Blockade gegen Deutschland.

Berlin, 8. Dezember. England hat in Kopenhagen amlich ...

Rechnliche Nachrichten liegen aus Holland vor. Die neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Willkürlichen ...

Und ob dies, nachdem man immer nur von Recht und Ge ...

Generalversammlungen der sozialdemokratischen Vereine Berlins.

In den Germania-Hallen in der Chausseestraße tagte gestern ...

Bildung einer einheitlichen Parteiorganisation Berlin. an Stelle der jetzt bestehenden sechs sozialdemokratischen Vereine ...

Genosse Eugen Ernst, der Vorsitzende der Groß-Berliner ...

Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die den Unab ...

Eugen Ernst erklärte, der Vorstand werde versuchen, dem ...

Die Verhandlungen werden heute nachmittags fortgesetzt und ...

Spartakus als Befreier.

Der Sturm auf das Polizeipräsidium. Wie jetzt festgestellt ist, sind in der Nacht des 21. November ...

Schutz für Herrseigentum. Um der unheimlichen Ver ...

Gewerkschaftsbewegung

Neue Vereinbarungen im Berliner Zimmerergewerbe.

Nach mehrfachen Verhandlungen zwischen dem Verband der Bau- und Tischlergewerkschaften von Groß-Berlin und dem Zimmerer-Verband ist folgendes vereinbart worden:

1. Die aus dem Verordnungs- entlassenen Arbeitnehmer sollen nach Möglichkeit in den Betrieben wieder eingestellt werden, in denen sie vor dem Kriege beschäftigt waren.

2. Die Parteien (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation) sind bereit, einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten.

3. Der bisherige Tariflohn von 1,90 M. pro Stunde wird vom 23. November 1918 ab auf 2,15 M. erhöht. In den Geschäften, wo höhere Löhne als 1,90 M. gezahlt wurden, tritt gleichfalls eine Lohnsteigerung von 25 Pf. pro Stunde ein.

Die erhöhten Stundenlöhne gelangen erstmalig am Sonnabend, den 7. Dezember dieses Jahres, für die verfloßene Woche zur Auszahlung. Diejenigen Zimmerer, die in der Lohnwoche vom 23. bis 29. November acht Stunden gearbeitet haben, erhalten die Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Lohn und den jetzigen neuen Stundenlöhnen für die Zeit vom 23. November dieses Jahres ab nachgezahlt.

Aus der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften.

Auf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften wurde an den Fehlern der Arbeiterräte scharf Kritik geübt. Insbesondere tadelte Robert Schmidt heftig ihre sinnlosen Eingriffe in das Verkehrs- und die Nahrungsmittelversorgung. Verbandsvorsitzender Baum ergähte, daß in Göttingen allein der öffentliche Sicherheitsdienst 2000 M. pro Tag erfordert. Das macht für den Kopf der Bevölkerung allein für den Polizeidienst eine jährliche Belastung von über 80 M. aus.

Der Redakteur des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission, K. M. Brecht, führte aus, daß man den Gewerkschaften jetzt Dinge zumute, die man ihnen niemals angeschlossen hätte, selbst nicht in den Zeiten der schwärzesten Reaktion des Koller- und Dollmuthers.

Die Konferenz stimmte dann einstimmig dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden zu.

Das Zentralarbeitersekretariat und die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission sollen eingeschränkt, dagegen soll eine Gewerkschaftssekretariatsabteilung und eine sozialpolitische Korrespondenz geschaffen werden.

Das Verbot des Hebertritts von einer Gewerkschaft zur anderen beim Wechsel des Berufs, das bei Kriegsbeginn erlassen worden war, wurde wieder aufgehoben, doch soll bei den Hebertritten möglichst tolerant verfahren werden.

Der Vorsitzende der Generalkommission Legien ist zum Kontrolleur des Roten Kreuzes eingesetzt worden.

Erfolgreiche Agitation unter den Berliner Photographen.

Die Berliner Photographen haben eine recht erfolgreiche Agitation in den verschiedenen Branchen durchgeführt. Die Gehilfenchaft der Bromsilberbehalter- und Rotationsanstalten ist schon bis auf einzelne Ausnahmen geschlossen organisiert. — Hier dürfte es mit dem neu gegründeten Unternehmerverband in der nächsten Zeit zu korporativen Verhandlungen kommen.

In der Ainoalibrände haben zum Teil gemeinsam mit den anderen sozialgewerkschaftlichen Berufsverbänden zahlreiche Betriebsversammlungen stattgefunden. Jeder derselben einige noch in bürgerlichen Darmenverbänden und Vereinen organisierte, sich aber sehr radikal gebärende Betriebsleiter oder sonstige Angestellte, die Ainoarbeiter für eine besondere Betriebsorganisation einzutreten. In den Versammlungen zeigte sich aber deutlich, daß die Ainoarbeiter für diese Führung und eigenartige Fürsorge danken. — Auch hier ist die Berufsorganisation in gutem Fortgang. Sollten die Leute ihr eigenartiges Treiben fortsetzen, werden wir daselbst etwas deutlicher aufdecken müssen. Die Ainoarbeiter sind nicht dazu da, gewissen Unternehmern die Stielgabel zu halten.

In der Fortführungsbranche haben in größeren Betrieben ebenfalls schon Versammlungen stattgefunden, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigten.

In einigen dieser Betriebe sind die Anforderungen an die Arbeitskraft des einzelnen ganz bedeutend. Besondere Mißstände sind in den Betrieben der Firma A. W. K. K. Die Lohnlöhne haben den Ausdruck: „Heber Löhne, Zulagen und Prämien darf untereinander nicht gesprochen werden.“ Die Kündigungskarten sowie die Karten in den einzelnen Betrieben sind sehr verschieden. Neuerdings wird in der Leipziger Straße eine Doppelkontrolle beim Eingang und Ausgehen des Arbeitsplatzes ausgeübt. Zurückkehrende Arbeiter stellt man unter dem Hoop der Verhältnisse zu Friedens- und ein. Ein Betriebsrat besteht in der Firma nicht. Die gewerkschaftliche Organisation muß hier Verhandlungen erzwingen.

Eine gut besuchte allgemeine Versammlung nahm im Berliner Klubhaus zu allgemeinen Fragen, wie Schutz von Leben und Gesundheit, Sonntagsruhe, Hochschulwesen, Wiedereinstellung der Krieger, Stellung und Hauptfrage die Verwaltung, entsprechende Schritte bei den verschiedenen Unternehmergruppen zu tun und in einer neuen Versammlung baldigst über das Resultat zu berichten.

Die Forderungen des Personals der Charité.

Nachdem das Personal der Charité vor kurzem in zwei Parallelversammlungen in seiner überwiegenden Mehrzahl den Anschließ an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschloß, tagte am 5. d. M. die erste von der Organisationsleitung einberufene Versammlung, in der u. a. folgende Forderungen einstimmig angenommen wurden:

Verschiebung der einmaligen Teuerungszulage in derselben Höhe wie die Unterklasse der Beamten. Erhöhung aller Parcellöhne, Gehälter und Bezüge in der Weise, daß die Arbeiter und Angestellten das gleiche Einkommen erreichen, wie es den Arbeitern und Angestellten in den jüdischen Krankenanstalten Berlins zurzeit gezahlt wird.

Strikte Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit.

Das zur Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit notwendige Personal wird soweit wie möglich sofort eingestellt. Bei der Einstellung von männlichen Personen wird darauf Rücksicht genommen, daß die Stellen für die aus dem Felde zurückkehrenden Kriegsteilnehmer freigehalten werden müssen. Wiedereinstellung aller Kriegsteilnehmer, Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Müssen sie trotzdem geleistet werden, so werden sie, wenn sie von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr geleistet werden, mit einem Lohnzuschlag von 25 Proz., wenn sie in die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr entfallen, mit einem Zuschlag von 50 Proz., bezahlt. Der letztere Satz gilt auch für die Bezahlung außerordentlicher Sonn- und Feiertagsarbeit. Einführung der Einheitslöhne für alle in der Anstalt beschäftigten Angestellten. Durchführung der Krankenversicherung (Annahme bei der Allgemeinen Krankenkasse). Zahlung des Lohnzuschusses zum Krankengeld für die Dauer der Krankheit. Regelung des Sommerurlaubs dergestalt, daß alle bis zu einem Jahre Beschäftigten einen Urlaub von 7 Tagen, alle fünf Jahre Beschäftigten mindestens einen Urlaub von 14 Tagen, die acht Jahre Beschäftigten einen Urlaub von 3 Wochen und die zehn Jahre Beschäftigten einen Urlaub von 4 Wochen erhalten. Zahlung des Krankengeldes während der Urlaubszeit. Durchgreifende und ausföhrliche Erhöhung der Bezüge der Empfänger von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung.

Das Personal der Charité fordert in seinen Anträgen lediglich das, was in den Berliner städtischen Krankenanstalten zum größten Teil schon durchgeführt resp. beschlossen worden ist. Es erwartet daher, daß das neue Kultusministerium, dem die Charité unterstellt ist, den Anträgen so schnell wie möglich seine Zustimmung gibt.

Achtung, Bauarbeiter!

Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes haben zwischen diesem und dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin Verhandlungen stattgefunden, um — entsprechend den Vereinbarungen zwischen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den Arbeitgeberverbänden — den Lohnausgleich für die in Wegfall kommende neunte Stunde zu schaffen. Nach Abschluß der Verhandlungen und Annahme unserer Vorschläge durch die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte darf vom 7. Dezember 1918 an im Geltungsbereich des Berliner Vertrages für das Hochbaugewerbe

täglich höchstens 8 Stunden gearbeitet werden. Der Stundenlohn beträgt für Maurer 2,15 M., für Zementierer 2,10 M., für Einhalter 2,08 M., Hilfsarbeiter 1,95 M., Kesselschläger, Wasserträger, die das Wasser von unten her auftragen usw. 2,00 M. und für Steinträger 2,15 M.

Auf Arbeitsstellen, wo seit dem 23. November schon 8 bis 8 1/2 Stunden gearbeitet wurde, muß die Differenz nachgezahlt werden.

Auch der Verband der Fliesen- und Kachelgewerkschaften Groß-Berlins ist der Vereinbarung beigetreten; die Löhne für Fliesenleger betragen 2,28 M. für deren gewöhnliche Hilfsarbeiter 2,01 M. Auch in diesem Falle werden die Löhne vom 23. November an nachgezahlt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Verein Berlin Der Vorstand, J. A.: Otto Hanke.

Große Kundgebung der Bankbeamten!

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten trifft am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Circus Busch eine große Kundgebung der Bankbeamten.

Zu dem Thema: „Das Recht der Arbeit, Aufgaben der Gegenwart und wirtschaftliche Lagefragen“ werden der Volksbeauftragte Barth sowie die Herren Marx und Emonts das Wort ergreifen. Die Kundgebung dient gleichzeitig als Wahlversammlung für die Wahlen zum Arbeiterrat der Angestellten des Bankgewerbes.

Eine äußerst zahlreich besuchte Branchenversammlung der Bäcker- und Bäckereiarbeiter beschloß einstimmig, die fortwährende Einführung der achtstündigen Arbeitszeit mit Lohnausgleich in allen Betrieben zur Durchführung zu bringen.

Die seit einiger Zeit schwebenden Einigungsbestrebungen zwischen den Organisationen der Musiker haben bereits zu einem teilweisen Erfolge geführt. Die am 6. Dezember tagende, zahlreich besuchte Generalversammlung des Vereins Berliner Musiker (Mitglieder) beschloß einstimmig, nach einem Vortrag des Generalsekretärs Eugen Brückner über die Bedeutung der freien Gewerkschaften, den Anschluß an den Zentralverband der Bühnenmusiker Deutschlands.

Der Weg zu einer alle Musiker umfassenden Organisation ist vorgezeichnet und durch eine einheitliche Organisation werden die Mißstände beseitigt werden können, werden annehmbare Lohn- und Anstellungsbedingungen erreicht werden können.

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Börse war am Donnerstag kräftig erholt, ausgehend von dem Markte der heimischen Anleihen und besonders der Kriegsanleihen. Die Reichsbank ist nicht länger gewillt, den offensichtlich von manchen Seiten geäußerten Druck auf Kriegsanleihen zu dulden. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, sollen einige Bankfirmen der Reichsbank, die allmähentlich gewisse Posten von Kriegsanleihen zu einem festen Kurse aufzunehmen pflegt, Stücke angeboten haben, für die sie erst später am Markte zu wesentlich niedrigeren Kursen Deckung suchten. Die Reichsbank verlangt deshalb den Nachweis, daß hinter all den Verträgen, die sie an Kriegsanleihen aufzunehmen ein wirkliches Verkaufsinteresse steht. Gleichzeitig legten Interventionen ein, welche den Deckungsbegehren, der sich infolge der erwähnten Wohnnahme einstellte, kräftig überboten. Die Folge war eine sprunghafte mehrprozentige Erhöhung des Kurses der wichtigsten Anleihen, auch der Kriegsanleihen. Viele fortlaufend notierte Werte konnten ihren gestiegenen Kursabschlag einbringen. Auch der Kassamarkt war etwas fester, wenn auch die Kursabschläge noch überwiegen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Ulrich Schell, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin, Trud. Formel-Verlagsgesellschaft. Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Druck: 1. Verlag.

Sonntag, den 8. Dezember 1918, vormittags 10 1/2 Uhr,

Grosse Kundgebung

der Sozialdemokratischen Partei

in folgenden Lokalen:

- Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstraße 121.
- Prachtsäle des Westens, Spichernstraße 3.
- Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstraße 4.
- Pagenhofer Brauerei, Turmstraße 25/26.
- Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110.
- Franke's Prachtsäle, Badstraße 19.
- Sophiensäle, Sophienstraße 17/18.

- Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstraße 10.
- Union-Festsäle, Greifswalder Straße 221/223.
- Böhmisches Branhaus, Landsberger Allee 11-13.
- Deutscher Hof, Luckauer Straße 15.
- Union, Schultheiß-Anschanke, Hasenheide.
- Vereinsbrauerei, Hermannstraße 214-219.

Tagesordnung:

Sozialismus und Demokratie.

Redner: Barth, Bauer, Braun, Breuer, Ebert, Emmel, Ernst, Heckmann, Keilmann, Meine, Kirsch, Frau Juchacz, Katzenstein, Krüger, Landsberg, Frau Lodahl, Lüdemann, Molkenbuhl, Mirus, Scheidemann, Schmidt, Schulz, Stücklen, Fr. Vielhaber, Wels, Frau Zepler.

Soldaten, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Frauen, erscheint in Massen!

Der Propaganda-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei.

Bezirk Groß-Berlin, Lindenstraße 3.

Achtung!
Im Interesse der Lehrgangs- und Volkswirtschaft, sowie unserer aus dem Felde heimkehrenden Soldaten, Arbeiter und Wehrdienstlichen sind wir entschlossen, von nun an in jeder Form und Weise alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensbedingungen der Wehrdienstlichen, Arbeiter und Wehrdienstlichen zu verbessern. — Angeboten von
Max Bernhardt & Co. G. m. b. H.
Königsplatz, Berlin NO 43, Bernauerstr. 13.

Elektrische Artikel und Maschinen
aller Art für schnellste Lieferung werden in fester Rechnung oder kommissionsweise gesucht.
Angebote nebst Muster resp. Illustrationen an
A. S. Norsk Teknisk Bureau,
1381* Kristiania, Norwegen.

Die Qual der Wahl
wird bei den diesjährigen Weihnachts-Einkäufen besonders groß sein. Vieles ist gar nicht mehr, anderes selten, das meiste bloß noch in „ersatz“-Form, alles nur zu hohen Preisen zu haben. Am begehrtesten werden also hochwillkommene Geschenke
Weine, Liköre, Rum, Kognak und Sekt sein. Wer diese zu Weihnachtsgeschenken wählt, verlangt schriftlich o. telefonisch direkte Offerte von der Weingroßfirma J. F. Rauch, Hauptkonditor Berlin N 4, Bergstr. 31, Amt Norden 214, oder treffe seine Wahl in einer der Filialen der Firma in Invalidenstraße 164, Friedrichstraße 11, Gr. Frankfurter Straße 112, Brunnenstraße 174.

Die Republik
Bürgerlich-sozialistische Wochenzeitung für Demokratie und kulturelle Interessen
erscheint zum **zweiten Male am 7. Dezember**
zu beziehen durch die Post und die Zeitungs-Vertriebs-Gesellschaft, Zimmerstraße 54. **Eingelsgeld 10 Pf.**
Siedlungsbauten. Kichen, gebildet 287 M., liefert 454 M. liefert **Dickmann, Berlin W 57.** verkauft **Dickmann, Potsdamer Straße 51.** 1918